

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 163 (1997)

Heft: 7-8

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

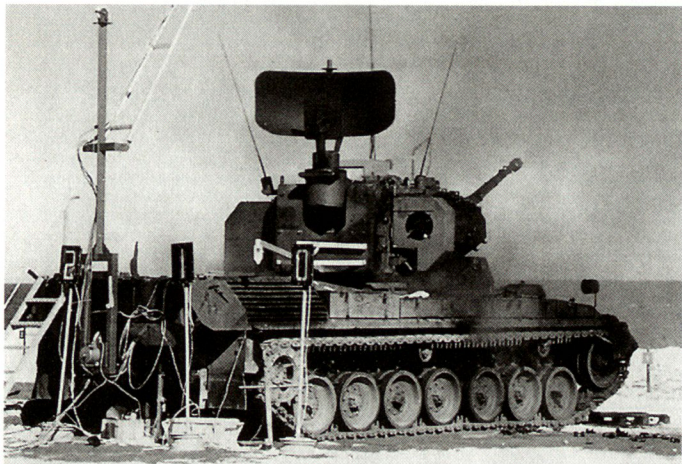
Deutschland

Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik

Die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik fand im April 1997 in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg unter dem Leitthema «Vom Gegner zum Partner – Partnerschaft für den Frieden» unter starker Beteiligung von Spitzenvertretern aus Wirtschaft, Politik und Bundeswehr sowie vielen ausländischen Gästen statt. Der «Partnership for peace» kommt für die vorausliegende Zeit mit Blick auf die NATO-Osterweiterung besondere Bedeutung zu. Hoch aktuell ist das Thema sowohl sicherheitspolitisch als auch für die praktischen Kooperationsaspekte. Der Prozess ist in die entscheidende Phase der Realisation getreten. Im Spektrum standen die Rolle der NATO für die Sicherheit Europas und den Frieden der Welt, die besondere Rolle und Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland hierbei, Erfahrungen aus dem Einsatz der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien, die Auswirkungen der NATO-Eröffnung auf die sicherheitspolitischen Perspektiven Russlands sowie Hoffnungen, Erwartungen, Verpflichtungen eines desigierten NATO-Landes. Darüber hinaus wurden die spezifischen Auswirkungen des Wandels und der Verkleinerung der Streitkräfte um zirka 1/3 auf die Rüstungsindustrie vorgetragen. Die deutsche Verteidigungsindustrie durchlebt durch Reduzierung der Streitkräfte und restriktive Haushaltspolitik

eine enorme Schrumpfung. Die finanziellen Mittel der Bundeswehr lassen kaum noch eine Bestandserhaltung, viel weniger die Neuprojektierung und Neuanschaffung von Waffen und Gerät zu. International eingegangene Verpflichtungen zur Rüstungscooperation stehen auf dem Prüfstand. Unbestritten wurde von allen Rednern zu diesem Komplex herausgestellt, dass eine Grundsubstanz an Forschung, Entwicklung, Fertigung und Logistik in Deutschland für Rüstungsbelange erhalten bleiben muss, wenn Verteidigungs- und Kooperationsfähigkeit nicht gefährdet werden sollen. An Rednern standen hochrangige und kompetente Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft zur Verfügung. Interessant waren insbesondere die Referate der Botschafter aus Polen und Russland, die die Standpunkte ihrer Regierungen zur NATO-Osterweiterung vortrugen und die Präsentation erster Erfahrungen der Bundeswehr beim Einsatz im ehemaligen Jugoslawien.

Fazit: Durch Schrumpfung des Verteidigungsetats und Verkleinerung der Streitkräfte in fast allen NATO-Ländern ist internationale Kooperation in allen Bereichen der Verteidigungsindustrie unvermeidbar. Kosten können nur durch gemeinsame Planung und grosse Stückzahlen gesenkt werden. Das, was bisher auf diesem Sektor geschieht, reicht nicht aus, um den Herausforderungen der Zukunft zu entsprechen. Tp.



Kooperationen im Rüstungsbereich werden immer wichtiger: z.B. bei der Realisierung von Kawest-Programmen (Bild: FlakPz «Gepard»).

«Roving Sands», die grösste multinationale Luftverteidigungsübung

Trotz äusserster Mittelknappheit hat die Bundeswehr auch dieses Jahr mit Luftabwehr-Verbänden und -Einheiten an der jährlichen Luftverteidigungsübung «Roving Sand» (Wanderdüne) im Süden der USA teilgenommen. Insgesamt wurden 16 Millionen DM von Deutschland hierfür benötigt. Ab März 1997 flog die Flugbereitschaft der BW aus Köln-Wahn die Soldaten ein. Waffen und Gerät wurden durch Schiffe, auch zivile, transportiert. Beteiligt waren Raketensysteme wie «Patriot», «Hawk» und «Roland», «Stinger»-Schützen sowie Versorgungs- und Instandsetzungseinheiten. Die Verlegestrecke betrug insgesamt zirka 10000 km. Seit die Amerikaner nach der Wende zahlreiche Verbände und Einheiten, insgesamt etwa 250000 Soldaten mit Waffen und Gerät, aus Deutschland abgezogen haben, fehlt der Bundeswehr der ständige Kontakt mit US-Verbänden und Kanadiern bei gemeinsamen Übungen.

Um der Gefahr des Verlustes der Kompatibilität und Interoperabilität zwischen deutschen und US-Verbänden vorzubeugen, wurde die Teilnahme an

«Roving Sands» auch für kommende Jahre vereinbart. Gerade für die Luftverteidigung ist es unabdingbar, immer auf dem neusten Stand der Technik zu sein und miteinander unter «scharfen Bedingungen» zu üben. GenMaj Reindl, der Befehlshaber des Einsatzkontingentes, will «Roving Sands» zur Hauptübung der Luftabwehr machen, zumal Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere sehr viel dabei lernen und Übungen dieser Art allein wegen der Flugbelastigung in Deutschland nicht mehr durchgeführt werden können sowie mit Raketen in ganz «NATO-Europa» in dieser Form nicht geschossen werden darf. Bei der «heissen Phase» waren von der Bundeswehr 8 F-4-Phantom als Verteidiger und 6 Tornados als Angreifer im Einsatz. In diesem Jahr nahmen zum erstenmal auch 80 Soldaten der Marine teil. Die Belastungen für die Soldaten waren hoch. Der Temperaturunterschied, 40 Grad im Schatten tagsüber und nachts um null Grad, ist extrem. «Roving Sands» ist eine für die Bundeswehr unerlässliche Möglichkeit zur Erhaltung der vollen Luftverteidigungsfähigkeit unter modernsten und realen Bedingungen, für die teilnehmenden Soldaten ein grosses Erlebnis mit Kennenlernen einer für sie ungewohnten Welt. Tp.

Österreich

Österreichisches Kontingent in Albanien

Mit der Verlegung von zunächst 76 Soldaten des Bundesheeres begann am 23. April die Beteiligung Österreichs an der Operation «Alba» – Morgengrauen in Albanien. Unter der Führung Italiens soll eine internationale Schutztruppe die chaotische Situation in Albanien beseitigen und die Durchführung von Wahlen ermöglichen. Die rund 6000 Mann aus Italien, Österreich, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Rumänien, Spanien und der Türkei sollen so lange in Albanien stationiert bleiben, bis nach den Wahlen im Juli eine neue Regierung etabliert ist.

Nach der Bahnfahrt von Wien nach Brindisi (Italien) und einer anschliessenden Adriä-Überquerung nach Durrës verlegte sich der erste Teil des österreichischen Kontingentes

nach Tirana. Dort errichtete das Teilkontingent, das aus einem Jägerzug und einer Versorgungseinheit bestand, ein aus vollklimatisierten Zelten bestehendes Feldlager. Vervollständigt wurde das Kontingent Ende April, als weitere Teile an Bord einer AUA-Maschine in Tirana landeten.

Alle Angehörigen des österreichischen Kontingentes meldeten sich freiwillig zu dem gutbezahlten Auslandseinsatz. Die 115 Miliz- und Berufssoldaten des Bundesheeres sind nach der Errichtung des Feldlagers vor allem für die Bewachung des Hauptquartiers der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der albanischen Hauptstadt verantwortlich. Die Entwaffnung von Zivilisten wird nicht in die Zuständigkeit der internationalen Truppe fallen, sondern soll vielmehr von den albanischen Behörden selbst vorgenommen werden. Auf diese



Verabschiedung des Österreichkontingents nach Albanien.

Weise sollen möglichst wenig konfliktauslösende Momente geschaffen werden. Derzeit übernimmt die Schutztruppe nur die Sicherung von humanitären Transporten, Lebensmittellieferungen und einigen Verkehrsrouten.

Nach anfänglichen durch die unterschiedlichen Sprachen und Kommandostrukturen der verschiedenen Kontingente hervorgerufenen Problemen wurde die Zusammenarbeit in der internationalen Truppe durch den vermehrten Einsatz von Englischdolmetschern sichergestellt. Was die albanische Landessprache betrifft, sind die österreichischen Soldaten nur auf das Allernötigste vorbereitet. Zehn Phrasen «Not-Albanisch» sollen im Ernstfall helfen. Für umfassendere Unterhaltungen steht ein professioneller Albanisch-Übersetzer zur Verfügung.

RZE

Wie dringend ist Österreichs NATO-Beitritt?

(Informationsblatt der Offiziersgesellschaft)

In der derzeit laufenden NATO-Diskussion werden die unterschiedlichsten Haltungen in der Öffentlichkeit wiedergegeben. Sicherheitspolitische Experten raten zu einem möglichst schnellen Beitritt, wohingegen eine nicht unerhebliche Anzahl von Meinungsträgern die Auffassung vertritt, dass eine Mitgliedschaft Österreichs in der Atlantischen Allianz genauso gut in einigen Jahren vollzogen werden könne.

Ausgangspunkt der Überlegungen sind die beiden grundsätzlichen sicherheitspolitischen Möglichkeiten, die

Österreich in Zukunft offenstehen. Zum einen könnte Österreich die «althergebrachte» Linie fortsetzen und darauf warten, bis sich Bedrohungen ergeben, um dann auf diese zu reagieren. Eine derartige Haltung wäre zwar als defensiv zu bezeichnen, sie stellt aber keine wirkliche «Friedens- bzw. Sicherheitspolitik» dar. Günstiger erscheint die zweite Möglichkeit, nämlich von vornherein daran mitzuarbeiten, dass sich in Hinkunft gar keine Bedrohungen für das Land ergeben.

Ziel einer vernünftigen österreichischen Sicherheitspolitik muss es daher sein, einen möglichst hohen Grad an Stabilität und Sicherheit im Umfeld des Landes zu erreichen. Das bedeutet aktives Mitwirken an europäischen Stabilitätsbemühungen, und zwar in politischen, diplomatischen, ökologischen und ökonomischen wie auch in militärisch-machtpolitischen Bereichen. Agieren statt reagieren ist das Gebot der Stunde! Diese Zielsetzung kann Österreich nur als Mitglied von WEU und NATO erfüllen.

Durch seine spezielle geopolitische Lage hat Österreich im Hinblick auf die Stabilität seines Umfeldes eine besondere Bedeutung. Sollte Österreich nämlich nicht Mitglied des Sicherheitssystems NATO werden, wird die Erreichung der Zielsetzung «stabiles Umfeld», die ja auch ein NATO-Ziel ist, erschwert.

So war die Republik beispielsweise auch in der Zeit des Kalten Krieges gewissermaßen ein Bindeglied zwischen Ost und West. Diese Rolle kann zukünftig nur als NATO-Mitglied fortgesetzt werden. Österreich stellt zum Beispiel logischerweise eine Landbrücke

zum zukünftigen NATO-Mitglied Ungarn dar. Ohne Österreich müssten die NATO-Staaten einen erheblichen Aufwand betreiben, um Ungarn verkehrstechnisch, kommunikationsmässig und strategisch in das europäische Sicherheitssystem einbinden zu können. Slowenien hat sich mit seinem Beitrittsansuchen als «Alternative» für Österreich bereits angeboten. Wenn nicht gehandelt wird, besteht die Gefahr, diese verbindende Funktion endgültig zu verlieren und in die sicherheitspolitische Bedeutungslosigkeit abzusinken.

Allgemein kann man festhalten, dass ohne Österreich die Zielsetzung «stabiles Umfeld» zwar erreicht würde, aber mit Mehraufwand. Österreich ist also gut beraten, eine NATO-Mitgliedschaft anzustreben, bevor «Umgehungsalternativen» begonnen werden. Denn die österreichische Position ist – auch in finanzieller Hinsicht – besonders günstig, so lange auch die NATO in diesem Beitritt für sich besondere Vorteile sieht.

Noch wichtiger ist aber die Tatsache, dass die sicherheitspolitische Struktur Europas derzeit gerade eine Phase der Neustrukturierung durchläuft. Wie auch immer sich die GASP der EU, die WEU und die NATO-Neu entwickeln werden, sie alle werden in 5 bis 10 Jahren unmittelbaren Einfluss auf die Situation Österreichs haben. Wenn die Österreicher bestmöglichen Einfluss auf die Gestaltung dieser Institutionen und somit letztendlich der sicherheitspolitischen Zukunft des Landes nehmen wollen, so könne dies nur als vollberechtigtes Mitglied wahrgenommen werden. RZE

Aktivität im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden in Wien

Ende April 1997 fand im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden ein von der Republik Österreich abgehaltenes erstes Seminar zum Thema «Ethnische und religiöse Minderheiten in Streitkräften – Situation und Lösungen» statt. 27 Vertreter aus 12 Staaten hatten sich im Schlosshotel Wilhelminenberg eingefunden, um sich mit der komplexen Problematik grundsätzlich vertraut zu machen und verschiedene Aspekte zu diskutieren. Die Thematik der Minderheiten soll in Zukunft im PFP-Koopera-

tionsbereich «Demokratische Kontrolle von Streitkräften und Verteidigungsstrukturen» unter Verantwortung Österreichs weitergeführt werden. Die Planungs- und Durchführungsverantwortung der Veranstaltung lag in Händen des Fachbereiches «Streitkräfte und Gesellschaft» des Instituts für strategische Forschung der Landesverteidigungsakademie Wien.

Nach einer Einführung in die Thematik wurden die Teilnehmer über das österreichische Minderheitenrecht und dessen Umsetzung im österreichischen Bundesheer informiert. In der Folge wurden Erfahrungswerte, Standpunkte und die spezielle Minderheitensituation in anderen Nationen einander gegenübergestellt und verglichen. Im Anschluss an die Präsentation internationaler Erfahrungen aus dem Wirkungsbereich multinational zusammengesetzter Stäbe und der Zusammenarbeit multinationaler Truppenformationen gipfelte die Veranstaltung in einer angeregten ökumenischen Diskussion zur österreichischen Militärsensorge und zur Lage der anerkannten Religionsgemeinschaften in Österreich.

Zu dieser Plenarveranstaltung, in der auch ethische Aspekte der militärischen Dienstleistung zu Sprache kamen, konnte der Vorsitzende der Veranstaltung auch die Vertreter diverser Kirchen und Religionen begrüßen.

Im wesentlichen konnte das Ziel dieser ersten Veranstaltung zur Minderheitenproblematik in Streitkräften, nämlich die grundlegenden, normativen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu erarbeiten, die für alle Nationen für die Regelung der Minderheitenproblematik in den Streitkräften massgeblich sind, erreicht werden. Im nächsten Schritt ist geplant, sich dem Thema «Minderheiten in Europa» und deren mögliche Auswirkungen auf die Sicherheit zu widmen, bevor unter Verantwortlichkeit Österreichs und unter Koordinierung durch die «PFP-Cooperation Section» in Brüssel weitere Veranstaltungen auch in anderen PFP-Staaten zur detaillierten Aufarbeitung der jeweiligen Minderheitensituation durchgeführt werden. RZE

Grossbritannien

Zur Entwicklung künftiger Luftkampfmittel

Im Dezember 1996 gab das britische Verteidigungsministerium seine Vorstellung über die künftige Auslegung von Flugzeugen für die Royal Air Force (RAF) bekannt. Bei der Evaluation für den Einsatz stehenden Jagdbomber Tornado GR4, deren Ablösung etwa im Jahre 2015 fällig wird, soll auch das Projekt eines sogenannten «Future Offensive Air System» miteinbezogen werden. Bei dieser Entwicklung handelt es sich um einen unbemannten, ferngesteuerten Flugkörper (UAV = Unmanned Aerial Vehicle), der über Bodenstationen oder auch mittels AWACS-Flugzeugen eingesetzt und gelenkt werden könnte. Wenn deren Einsatzführung in Flugzeugen integriert wird, könnten diese ausserhalb der Reichweite gegnerischer Lenk Waffen operieren und dadurch die Angriffsfähigkeit wesentlich verbessern und die eigene Verwundbarkeit verringern. Das Fehlen eines Piloten eröffnet dem UAV grössere

Manövrierfähigkeiten, zudem kann der fehlende Cockpitteil für zusätzliche Traglasten oder für den Einbau offensiver Waffensysteme genutzt werden.

Das britische Verteidigungsministerium studiert daneben auch Luft-Boden-Lenk Waffen, die von abwerfbaren Paletten aus – weitab vom Ziel – gestartet werden können. Die Abschusspaletten könnten durch herkömmliche Transportflugzeuge eingeflogen und abgesetzt werden. Verständlicherweise entsprechen diese revolutionären Überlegungen und Projektierungen bisher nicht den Vorstellungen und Interessen der RAF. Diese tendiert eher zu einer Weiterentwicklung herkömmlicher Kampfflugzeuge, beispielsweise zu einer neuen Version des Eurofighters mit grösseren Luft-Boden-Kapazitäten. Dennoch werden künftig in der Luftkriegführung vermehrt unbemannte Systeme für verschiedenste Aufgaben eingesetzt werden – diesbezügliche Anzeichen können aus laufenden amerikanischen Forschungs- und Entwicklungsprojekten abgeleitet werden. Bt

Frankreich

Die neue Heeresstruktur

Der sogenannte Mercier-Plan bringt bis zum Jahre 2002 die Auflösung des 3. Armee-Korps, der Force d'Action Rapide (FAR) und der Divisionen. Neu sind die Brigade-Struktur sowie zwei Kommandoketten:

■ Die Chaîne territorial, Commandement Organique et de Soutien de l'Armée de Terre (COSAT) und

■ die Chaîne de Forces opératives (CFAT).

Die CFAT stellt die Ausbildung der überall einsetzbaren Landstreitkräfte sicher, vor allem der NATO-Korps oder von multinationalen Divisionen von

je 15000 bis 20000 Mann. Sie kann auch zum Gerippe eines Grossen Verbandes ad hoc werden.

Ihr unterstellt sind vier Stäbe (Etats-Majors Forces, EMF) für kombinierte Übungen (national und supranational), die als Korps oder Divisionsstäbe eingesetzt werden können. Sie stellen ihre Truppen – je nach Bedarf – aus folgenden Verbänden zusammen:

■ 9 gemischten Brigaden variablen Umfangs (5000 bis 10000 Mann), nämlich:

2 Pz Br in Besançon und Orléans,

2 Mech Br in Limoges und Châlons en Campagne,

2 L Pz Br in Nantes und Nîmes, Inf Br in Toulouse und Grenoble, luftmob Br in Nancy.

■ 4 Centres de Mise en Oeuvre (CMO) mit je einer Spezialbrigade, nämlich:

1 Art Br
1 G Br
1 Na und EKF Br
1 Uem Br

■ Log Kdo Heer (CFTL) in Monthléry mit 2 Log Br (Souge und Monthléry),

Vorteile dieser Neuordnung sind:

– Die Verfügbarkeit homogener Einheiten für Auslandseinsätze,

– bessere Zusammenarbeit mit den multinationalen Kommandi der NATO.

Nachteile sind:

– Es fehlen weiterhin Luft- und Marinemittel für autonome Verschiebungen,

– die Gesamtzahl der Verteidigungsstreitkräfte nimmt ab (Mangel an Truppen zugunsten der Gendarmerie, z. B. wie bei VIGIPRATE),

– Weniger Aufträge für die französische Militärindustrie. Bt

Ungarn

Zur Integration der Honved-Armee in die NATO

Ungarn ist einer der Staaten, die in der ersten Welle der NATO-Osterweiterung berücksichtigt worden sind. Doch bis es soweit war, mussten in den letzten Jahren wesentliche Reformen und Anpassungen durchgesetzt werden.

Die unterdessen zu einem grossen Teil abgeschlossene Reorganisation der Armee ist entscheidend von den neuen aussen- und sicherheitspolitischen Zielen beeinflusst worden:

– dem nun Tatsache gewordenen NATO-Beitritt sowie einer möglichst baldigen Vollmitgliedschaft in der EU;

– guten und korrekten Beziehungen zu den Nachbarstaaten und zu den wesentlichen Wirtschaftsmächten in Ostmitteleuropa;

– sowie einer entsprechenden Unterstützung der in den angrenzenden Staaten lebenden ungarisch-stämmigen Bevölkerung.

Ungarn hat sich gleich zu Beginn an den IFOR-Aktionen auf dem Balkan beteiligt. Sowohl die Anwesenheit amerikanischer Soldaten in Ungarn selber (Nutzung von Stützpunkten in Südungarn) als auch die ungarische Teilnahme an der internationalen Friedensmission in Bosnien können als erfolgreiche Aufnahme von praktischen Kontakten zur NATO gewertet

werden. Im Jahre 1996 nahmen ungarische Soldaten zudem an zehn PfP-Manövern teil, und auch in der ersten Hälfte dieses Jahres war Ungarn an den meisten dieser Übungen beteiligt. Im Verlaufe des IFOR-Einsatzes in Bosnien-Herzegowina haben zirka 50000 ausländische Soldaten den Transit über Südungarn benutzt; gegen 2000 Flugzeuge und Helikopter sowie 450 Eisenbahnzüge sind über diesen Raum abgefertigt worden.

Ein weiteres Kernstück der Reformen im Hinblick auf den NATO-Beitritt waren die radikale Verkleinerung der Armee, verbunden mit ersten Anpassungen und Modernisierungsbestrebungen. Gegenüber dem Bestand von 165000 Mann vor zehn Jahren wird bis Ende 1997 die Friedensstärke auf ungefähr 60000 gesenkt. Im Kriegsfall soll das Dreifache dieser Zahl mobilisierbar sein. Das Budget des Ministeriums für Landesverteidigung rechnet mit einer künftigen Stärke von 59600 Mann, die sich wie folgt zusammensetzen:

– 9000 Offiziere,
– 10800 Unteroffiziere,
– 32400 Präsenzdiener
– 7400 zivile Angestellte.

In den letzten Jahren wurden insgesamt 653 ungarische Militärpersonen in Schulen und Kursen von NATO-Streitkräften ausgebildet; davon 162 in Deutschland, 154 in den USA, 74 in Kanada, 55 in den Niederlanden und 49 in Grossbritannien.



Mit der neuen Heeresstruktur soll die französische Armee die künftigen Aufgaben besser bewältigen können.

Im Rahmen der laufenden Reformen wurde auch das frühere Streitkräftekommando aufgelöst, seine Rolle übernahm der Generalstab der Honved-Armee. Ähnlich wie bei der deutschen Bundeswehr ist bei der neuen Kommandostruktur eine Unterteilung in «Schnelle Eingreiftruppen» und «Hauptstreitkräfte» feststellbar (Details siehe Bild 1).

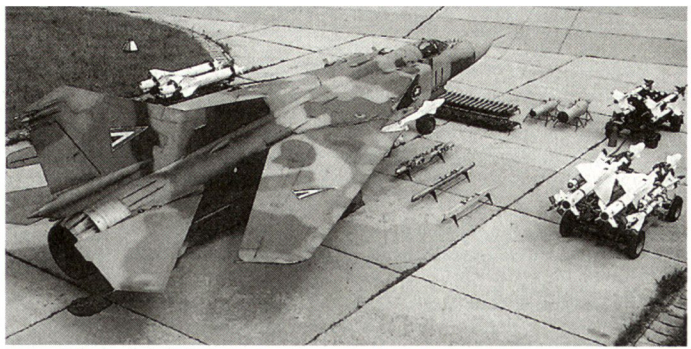
Ungarn gibt für die Landesverteidigung gegenwärtig nur 1,2 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes aus. Allerdings dürften die wirklichen Ausgaben höher liegen. Verschiedene der Verteidigung dienende Posten erscheinen nämlich nicht direkt im Militärbudget. Die Kosten der Grenztruppen etwa sind im Etat des Innenministeriums enthalten, und die russischen Lieferungen im Zusammenhang mit Schuldentilgungen, etwa von MiG-29 und BTR-80, sind anderswo verrechnet.

Noch nicht abgeschlossen ist der ausrüstungsmässige Anpassungs- und Modernisierungsprozess in den Streitkräften. Als grösste Sorge der Armeeführung gelten dabei Luftwaffe und Fliegerabwehr, weil hier nach dem Zerfall des WAPA und dem Abzug der Sowjettruppen nicht mehr viel übrig geblieben ist. Nebst den 28 Kampfflugzeugen MiG-29, deren Einsatzbereitschaft gewisse Schwierigkeiten bereitet, sind nur noch veraltete Systeme vorhanden. Dass Ungarn in den nächsten Jahren neue Kampfflugzeuge erwerben und seine Luftverteidigung modernisieren muss, ist unbestritten. An diesbezüglichen westlichen Angeboten fehlt es zwar nicht, aber momentan sind keine Mittel für solche Neubeschaffungen vorhanden. Grundsätzlich wird in

Budapest bei solchen künftigen Grossbeschaffungen eine Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien angestrebt.

Bei den terrestrischen Verbänden ist zurzeit die Ablösung der veralteten Schützenpanzer D-944 durch russische BTR-80 im Gange; dies auf Kosten sowjetischer Staatsschulden. Aus dem gleichen Grunde übernahm Ungarn im letzten Jahr 100 Kampfpanser T-72 von Weissrussland, für die nur etwa 10 Prozent des Weltmarktpreises bezahlt werden musste. Wie in den umliegenden Armeen auch, sollen diese Panzer in den nächsten Jahren modernisiert werden. Vorgesehen ist, dass die mit Priorität behandelten «Schnellen Eingreiftruppen» ab sofort mit modernen Mitteln ausgerüstet sind. Zu den Hauptstreitkräften gehören die Ausbildungszentren und die bei Mobilisierung aufzustellenden Kampf- und Assistenzeinheiten.

Hauptproblem für die Zukunft bildet die weitere Finanzierung der notwendigen Anpassungen und Modernisierungen. Neben den beschränkten Mitteln aus dem Budget und der verstärkten Einbindung der neuorganisierten eigenen Rüstungsindustrie soll dabei auch der interne «Ressourcenverkauf» mithelfen. Gedacht wird dabei an einen Verkauf überflüssig gewordener Mittel und Objekte. Zudem sollen allein mit dem Abbau von Personal bereits 1997 12 Milliarden Forint eingespart werden. Im weiteren sollen auch die noch ausstehenden Restschulden der ehemaligen Sowjetunion (noch rund 500 Millionen US-Dollar) über weitere Materialbeschaffungen abgebaut werden. Als bisher bedeutendste Hilfeleistung aus dem Ausland ist die



Kampfflugzeug MiG-23 der ungarischen Luftwaffe.

Abgabe von Schulflugzeugen L-39 durch Deutschland im Wert von etwa 10 Millionen DM zu vermerken. Grundsätzlich ist sich Ungarn aber bewusst, dass künftig – auch von NATO-Seite – kaum mit kostenlosen Mate-

rialhilfen gerechnet werden kann. Dennoch dürfte sich Ungarn allmählich zum vollwertigen NATO-Partner entwickeln und auch die daraus erwachsenen Aufgaben und Pflichten vollumfänglich erfüllen. KL

Spanien

Die Einführung des Leopard-2A4

Spanien übernimmt gegenwärtig 108 Kampfpanser Leopard-2A4 von der Bundeswehr und wird ab 1998 eine modernisierte Version desselben Fahrzeuges selber herstellen. Unterdessen sind die Leopard 2 in den Panzerbataillonen der Mech Division 1 Brunete, 10 Cordoba und 16 Badajoz anzutreffen.

Die neue spanische Version wird Leopard-2E heissen. Derzeit sind die beabsichtigten Neuerungen gegenüber der Version A4 noch nicht definiert. Aufgrund verschiedener ausländischer Studien dürften sich diese jedoch auf folgende Punkte beziehen:

- Erhöhung des Schutzes vorne, an den Seiten und oben am Turm mit Kompositmaterialien, eine Brandbekämpfungsvorrichtung im Motorenraum, erhöhter Splitterschutz im Mannschaftsraum,
- schnellere Zielerfassungs-, -bezeichnungs- und -übermittlungsvorrichtung TCCS,
- evtl. spätere Verlängerung der 120-mm-Kan-Rheinmetall auf L55 mit neuer Rücklaufbremse und grösserer Anfangsgeschwindigkeit,
- Änderung am Panoramafernrohr des Kommandanten-Periskops, zweite Wärmebildkamera für Nacht- und Schlechtwettereinsätze,
- Videokamera am Heck für Rückwärtsfahrten. Bt

Russland

Auflösung der Militärischen Hauptinspektion

Seit Jahrzehnten existierte in der früheren Sowjetunion und seit 1991 in der Russischen Föderation die Militärische Hauptinspektion des Verteidigungsministeriums. Sie diente als letzter Dienstbereich für die meisten aus Altersgründen zurückgetretenen Marschälle und Generäle. Im März 1997 wurde die Hauptinspektion durch Präsidialdekret aufgelöst. Zuletzt umfasste sie 97 Generäle. Eines der letzten Inspektionsmitglieder war der frühere Verteidigungsminister, Armeegeneral P. Gratschow.

Die Reform der Hauptinspektion begann schon 1996, als sie aus dem Verteidigungsministerium ausgliedert und di-

rekt dem Präsidenten unterstellt wurde. Verändert wurde auch die Zusammensetzung der Inspektion, indem nicht nur Generäle z.D., sondern auch aktive Militärführer ihre Mitglieder wurden. Durch die Reform von 1996 wurde die Hauptinspektion zu einer Oberbehörde, die alle sogenannten Machtmysterien sowie Armee, Kriegsmarine, Grenztruppen und den Sicherheitsdienst kontrollierte.

Wie viele andere Gesetze und Dekrete konnte auch das neue Konzept der Hauptinspektion nicht praktisch verwirklicht werden, weil die nötigen Instrumente fehlten: Es wurde kein Leiter bestimmt und kein Stellenplan aufgestellt. Somit war die jetzt erfolgte Auflösung der Hauptinspektion vorprogrammiert. GB ■

